

Selbstverwaltung durchsetzen : Überlegungen zur ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen [i.e. Funktionen] der Selbstverwaltung

Autor(en): **Böckli, Alex / Kleger, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339871>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Selbstverwaltung durchsetzen

Überlegungen zur ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen der Selbstverwaltung

Unter einer Selbstverwaltungs-Wirtschaft wird im folgenden eine Wirtschaftsordnung verstanden, in welcher die Entscheidungsbezugnis über die wesentlichen unternehmerischen Aktionsparameter, insbesondere über Art und Umfang der Produktionsprogramme, Festsetzung der Preise, Auswahl der Produktionsverfahren und Absatzwege, Gestaltung der Arbeitsplätze, Bestimmung der Löhne und der Gewinnverteilung, Investitionsentscheide etc. grundsätzlich, d.h. bis auf eine abschliessend aufgezählte Menge von Ausnahmen, den in dieser Unternehmung zusammengefassten Arbeitskräften zukommt. Aus allfälligen Eigentumsrechten auf Produktionsmittel soll sich hingegen keinerlei betriebliche oder unternehmerische Entscheidungsbefugnis ableiten lassen.

Die unternehmensinterne Organisation des Entscheidungsprozesses, d.h. die Umsetzung der individuellen Zielvorstellungen der Mitarbeiter in eine einheitliche, konsistente Unternehmenspolitik, setzt Kompromissfindung im Rahmen eines demokratischen Unternehmensstatuts voraus.¹⁾ Die Entwicklung eines solchen Statuts wird *Sache eines historischen Lernprozesses sein*, dessen Resultat hier nicht vorweggenommen werden kann.

Die Entscheide der arbeitsteiligen Produktionseinheiten eines industrialisierten Wirtschaftssystems müssen auf irgendeine Weise koordiniert werden. Prinzipiell kann die Koordination über Marktmechanismen oder eine überbetriebliche Planung erfolgen. Wo die Koordination der unternehmerischen Entscheidungen versagt, sind Verschwendung von Ressourcen, Verteilungungerechtigkeit und schwere soziale Konflikte die unvermeidliche Folge.

1) Auf die besonderen Probleme der Demokratisierung auf Betriebsebene, der informellen Hierarchien und Formen von Unterdrückung in kleinen Gruppen etc. wird in diesem Aufsatz nicht eingegangen.

Im Modell einer reinen Marktwirtschaft wird das Koordinationsproblem über den Wettbewerb autonomer Anbieter und Nachfrager an «freien» Märkten gelöst. Die Märkte sind insofern «frei», als sich die Preise unabhängig vom Einfluss einzelner Anbieter, Nachfrager oder übergeordneter Instanzen der Kostenstruktur und Knappheiten in der betreffenden Wirtschaft entsprechend einspielen. Die Preise dienen dann als Orientierungsdaten für die ökonomischen Entscheidungen der Produzenten und Konsumenten. Sie übernehmen dabei eine Doppelfunktion, indem sie, in Simultaneität mit ihrer Koordinationsfunktion die Einkommensverteilung bestimmen. Die Funktion der politischen Institutionen erschöpft sich im Modell eines solchen «Laissez-faire-Liberalismus» darin, die juristischen Normen für das Funktionieren der Märkte und den Schutz des Eigentums zu formulieren, durchzusetzen und zu garantieren (die altliberale Optik in der Staatstheorie). Die Güte der marktwirtschaftlichen Koordination hängt von der Struktur der Märkte (Wettbewerb) und einer Reihe ande-

rer struktureller Merkmale ab. Dabei lässt sich empirisch und theoretisch nachweisen, dass in realen Marktwirtschaften die Tendenz zu strukturellen Veränderungen besteht, welche geeignet sind, die Funktionsgrundlagen des Marktsystems zu untergraben (z.B. Monopolisierungstendenzen). Ferner ist eine reine Marktwirtschaft schon deshalb praktisch nicht durchführbar, weil eine Reihe zunehmend wichtiger sogenannt «öffentlicher Güter» nicht über Märkte ausgetauscht werden können — allein schon aus technischen Gründen. Weitere Einwände gegen die marktwirtschaftliche Konzeption ergeben sich aus dem Umstand, dass in der Produktion und/oder Konsumation vieler Güter externe Effekte in Gestalt vor allem externer Kosten auftreten, die sich nicht in den Marktpreisen widerspiegeln und daher auch nicht in den Koordinationsmechanismen eingehen. Unnötig bleibt zu sagen, dass in der durch den Marktmechanismus bestimmten Einkommensverteilung nur marktmässig verwertbare menschliche Leistungen Berücksichtigung finden, während andere Qualitäten verkümmern oder zerstört werden, dass im weiteren eine einmal gegebene ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft reproduziert wird, und dass schliesslich Bedürfnisse, und seien sie noch so elementar, nicht befriedigt werden, wenn die Bedürftigen nicht über Kaufkraft verfügen (an Bedürftigkeitskriterien war darum Gleichheitspolitik immer orientiert). Aus solchen

und ähnlichen Gründen gibt es in der Realität *keine Marktwirtschaft*, die zumindest ohne planwirtschaftliche Elemente auskommt.

Im anderen, kontrastbegrifflichen Konzept der reinen, zentralistischen *Ablaufs-Planwirtschaft* setzt eine zentrale Planungsstelle die Produktionsmengen, die Preise und die Art und Qualität der Güter für jede einzelne Unternehmung gemäss bestimmter Planungsziele fest. Zur Festlegung der Plangrössen wird ein Modell der ökonomischen Input-Output Relationen, eine Bedarfsprognose und ein in der Regel mathematisches Optimierungsverfahren benutzt. Das System hat für die Realität einer hochindustrialisierten Wirtschaft folgende u.E. grundlegende Mängel:

1) Das Preissystem, das die Grundlage des Optimierungsproblems darstellt, spiegelt nicht die tatsächlichen Güternappheiten. Die Wirtschaft ist deshalb ineffizient²⁾, da das Orientierungskriterium der Kostenrechnung seinerseits ein Artefakt der Planung ist. Überdies hat das Planungsproblem in einem System mit hoher Güterdifferenzierung einen alle praktischen Möglichkeiten schlechterdings überschreitenden Schwierigkeitsgrad.

2) Die Schwerfälligkeit und notwendigerweise autoritäre Struktur der zentralen Planungsbürokratie lähmt die autonomen innovativen Kräfte an der Basis des ökonomischen Systems.

3) In der Planungsbürokratie vereinigt sich eine institutionell abgesicherte, funktionale Machtposition mit einem immensen Informationsmonopol. Angesichts der Möglichkeiten der Planungsbürokratie Ent-

scheidungen als Sachzwänge zu präsentieren, haben demokratische Kontrollorgane praktisch wenig Chancen. Es gibt deshalb kaum Interventionsmöglichkeiten, um den Machtmissbrauch der Bürokratie zu Verfolgung egoistischer Eigeninteressen und damit die Entartung der Bürokraten zu einer quasi-herrschenden Klasse aufzuhalten. Da jede autonome politische, soziale, kulturelle und ökonomische Bewegung an der Basis den Ablauf der geplanten Prozesse potentiell durcheinanderbringt, hat die Planungsbürokratie ein begründetes Interesse solche «Störfaktoren» in allen Lebensbereichen gründlich auszumerzen, wozu sie, im Einvernehmen mit den staatlichen Repressionsorganen, bestens gerüstet ist.

In einem abgeschwächten Konzept der zentralistischen Ablaufsplanung können die erwähnten Mängel möglicherweise in erträglichem Ausmass gehalten werden. Die Planungsbürokratie wird aber stets die Tendenz entwickeln, zusätzliche ökonomische Bereiche unter die eigene Kontrolle zu bringen, — dies nicht bloss aus Machtstreben, sondern auch im Interesse einer besseren Erreichung der Planungsziele. Wird ein Teil der ökonomischen Prozesse geplant, so entwickeln sich im marktwirtschaftlich organisierten autonomen Restbereich Prozesse, welche sich in Richtung einer Abweichung von den Planungszielen auswirken. So hat Ablaufsplanung in Teilbereichen die Tendenz einen Rattenschwanz von Folgewirkungen zu zeitigen, die ihrerseits nach neuen Planungskompetenzen rufen. Gleichzeitig verbietet das bürokratische Eigeninteresse, dass einmal gewonnene Kompetenzen wieder abgetreten werden.

Im Gegensatz zur Ablaufsplanung hat eine *Rahmenplanung* nicht eine dominierende, son-

dern lediglich eine ergänzende und korrigierende Funktion im Koordinationsprozess. Sie beeinflusst die ökonomischen Prozesse grundsätzlich nur auf indirekte Weise, indem nicht der Prozess selbst, sondern lediglich die Restriktionen unter denen dieser abläuft, gesteuert werden. Solche Restriktionen können gesetzliche Vorschriften, z.B. generelle und unternehmensspezifische Normen, ökonomische Anreize oder Belastungen sein. Das Instrumentarium der Rahmenplanung muss sich keineswegs auf die klassischen Instrumente marktwirtschaftlicher Globalsteuerung (Geld- und Fiskalpolitik) beschränken, sondern kann eine Menge strukturspezifischer Massnahmen enthalten, wie z.B. die Festsetzung von Energiepreisen, die Lenkung der Investitionen über Differenzierung der Kreditbedingungen oder Besteuerung etc. Die Übergänge zur Ablaufsplanung sind dabei offensichtlich fließend. Voraussetzung für die Möglichkeit einer demokratischen Beurteilung der Planungsziele und -mittel ist ihre Durchschaubarkeit und Einfachheit und damit der *Rahmen*charakter der Planung. Wird im folgenden von Planung gesprochen, so ist stets Rahmenplanung dieser Art gemeint.

Die Durchsetzbarkeit der Selbstverwaltungs-Wirtschaft wird sich unseres Erachtens vor allem daran entscheiden, ob sie in der Lage ist, die folgenden sozialökonomischen Ziele gleichzeitig in hohem Masse zu erreichen:

- Vollbeschäftigung
- Effizienz der Güterproduktion
- Geldwertstabilität
- Ökologisches Gleichgewicht
- Gerechte Verteilung
- Humanisierung der Arbeitswelt

2) Eine Wirtschaft produziert dann ineffizient, wenn dieselben Gütermengen durch einen geringeren Einsatz an Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) erzeugt werden könnten.

Die Kritik am Konzept der Selbstverwaltungs-Wirtschaft seitens der politischen Rechten wie der liberalen politischen Mitte bis hinein in die linksliberale, reformerische Sozialdemokratie ist nicht in erster Linie eine theoretische, sondern eine *praktisch orientierte Kritik*. Es wird eingewandt, die Selbstverwaltungs-Wirtschaft sei, obwohl als Utopie vielleicht sympathisch, praktisch deshalb von Übel, da eines oder mehrere der obengenannten Ziele bei der Selbstverwaltung wesentlich schlechter als in der privatkapitalistisch organisierten erreicht werden könnten. Das Schicksal der Selbstverwaltungs-Wirtschaft dürfte sich deshalb zentral daran entscheiden, wieweit sie bereits in der Phase ihrer schrittweisen Erprobung ihre Eignung zur Lösung der obengenannten Probleme praktisch nachweisen kann. Wir konzentrieren uns im folgenden auf die Diskussion der ersten vier Probleme, da uns die beiden letztgenannten bei der Selbstverwaltung als relativ unproblematisch erscheinen.

Vollbeschäftigung und Effizienz der Güterproduktion

Kein reales System kann über einen unbeschränkten Zeitraum hinweg wachsen. Eine Volkswirtschaft, deren Güterproduktion beispielsweise jährlich um 5% zunimmt, verdoppelt ihre Produktion alle 15 Jahre. Es ist eine triviale Gewissheit, dass eine solche Wachstumswirtschaft nach einer gewissen Zeit an *objektive Wachstumsgrenzen* stossen muss, welche weiteres Wachstum schliesslich verunmöglichen. Solche Wachstumsgrenzen können unerträgliche Umweltbelastungen, Knappheit an Rohstoffen oder schlicht und einfach physische Grenzen der Möglichkeit des Güterverbrauchs sein.

Ökonomisch äussern sich Wachstumsgrenzen in einer Marktwirtschaft in Form steigender Kosten und sinkender Nachfrage und dadurch sinkender Profite. Das Problem der objektiven Wachstumsschranken kann zwar durch technischen Fortschritt und strukturelle Anpassung des Güterverbrauchs (Substitution materieller Güter durch immaterielle Dienstleistungen), d.h. einen Übergang zum vielzitierten «qualitativen» Wachstum entschärft, aber nur dann grundsätzlich aufgehoben werden, wenn sich die Wachstumsrate der materiellen Güterproduktion bzw. des Verbrauchs dem Wert 0 nähert, was nicht ausschliesst, dass bestimmte Sektoren auf Kosten anderer weiterhin wachsen können.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft hat ein allgemeines Sinken der Profitrate infolge steigender Kosten und/oder sinkender Nachfrage einen Rückgang der Nettoinvestitionen und einen Rückgang der Beschäftigung vor allem in der Investitionsgüterindustrie zur Folge, wobei die Preise infolge des Kostendrucks sehr wohl noch steigen können. Der dadurch ausgelöste Realeinkommensrückgang, insbesondere auch *Rückgang der Einkommenserwartungen*, dämpft die Konsumnachfrage, so dass einem Rückschlag im Investitionsgütersektor in der Regel ein solcher im Konsumgütersektor folgt. Ein durch realwirtschaftliche Engpässe ausgelöster kumulativer Schrumpfungsprozess kann auf den monetären Sektor durchschlagen, wenn nun, infolge einer Vertrauenskrise im Kreditsystem, das Angebot an Krediten abnimmt und jeder sein Geld zurückhaben will. Das hat zur Folge, dass die Zinssätze hochgehen. Eine expansive Geldpolitik kann zwar einer solchen Entwicklung gegensteuern, ist aber, wie Keynes

gezeigt hat, insoweit machtlos, als das erhöhte Angebot an Zentralbankgeld gehortet wird und keine Investitionstätigkeit auslöst. Durch den in der Krise sich vollziehenden Konzentrations- und Strukturbereinigungsprozess sowie schliessliche Preis- und Lohnszusammenbrüche verbessern sich in der Regel nach einiger Zeit die Profiterwartungen, so dass wieder ein gewisser Konjunkturaufschwung stattfinden kann.³⁾ Wesentlich sind nun zwei Charakteristiken dieses Anpassungsprozesses:

- Die Anpassung an den niedrigeren Wachstumspfad geschieht nicht monoton und stetig, sondern krisenhaft unter grossen zyklischen Fluktuationen von Realeinkommen und Beschäftigung — alles unter enormen sozialen Kosten.

- Auf verringerte Wachstumsmöglichkeiten zeitigt die kapitalistische Marktwirtschaft insofern eine absurde Reaktion, als nicht etwa die Arbeitszeit allgemein gesenkt wird, sondern ein wachsender Teil der Arbeitskräfte entlassen und die Produktivität des beschäftigten Teils erhöht wird. *Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind volkswirtschaftliche, nicht aber betriebswirtschaftliche Kosten:* sie gehen nicht in den unternehmerischen Entscheidungsprozess ein. Hohe betriebswirtschaftliche Effizienz geht auf diese Weise mit zunehmender volkswirtschaftlicher Ineffizienz einher.

In einer selbstverwalteten Unternehmung geht die *Vollbeschäftigung der Mitarbeiter direkt in die Zielfunktion des unternehmerischen Entscheidungsprozesses ein*. Es ist nicht anzunehmen, dass unter einer demokratischen Betriebsverfas-

3) Der beschriebene Ablauf soll nicht als allgemeingültige Konjunkturtheorie, sondern nur als *ein*, möglicherweise typischer Krisenablauf verstanden werden.

sung, von der der Status quo in der Schweiz noch weit entfernt ist, ein Teil der Arbeitskräfte in seine eigene Entlassung einwilligt, es sei denn, dass sie entsprechend entschädigt werden oder aber, dass sie akzeptable Arbeitsplätze in anderen Unternehmungen angeboten bekommen. Ist eine Entlassung unumgänglich, so wird die Unternehmensleitung aus eigenem Interesse bemüht sein, die Suche nach neuen Arbeitsplätzen selbst an die Hand zu nehmen. Allgemeiner gesagt: in der Selbstverwaltungs-Wirtschaft sind die Entlassungskosten als betriebswirtschaftliche Kosten internalisiert; während gemäss mikroökonomischer Theorie Arbeitskräfte dann entlassen werden, wenn der Wert des Grenzprodukts der Arbeit unter den Nominallohn fällt, werden in der selbstverwalteten Unternehmung Arbeitskräfte theoretisch erst dann entlassen, wenn der Wert des Grenzprodukts unter den Nominallohn vermindert um die Entlassungskosten fällt.

Die Internalisierung der Entlassungskosten hat auf der anderen Seite den Nachteil, dass neue Arbeitskräfte nur zögernd eingestellt werden, da ja die Unternehmungsleitung weiss, dass Entlassungen nur unter hohen Kosten möglich sind. Ohne korrigierende Massnahmen dürfte eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft daher in einer wachsenden Bevölkerung Schwierigkeiten mit der Eingliederung der nachwachsenden Arbeitskräftegeneration haben und insgesamt eine relativ starre Beschäftigungsstruktur aufweisen. Eine Erstarrung der Beschäftigungsstruktur führt längerfristig zu einer Beeinträchtigung der Flexibilität des gesamten Produktionsapparates, d.h. zu einer Verminderung der Anpassungsfähigkeit an technologische Neuerungen und Verschiebungen der Nachfrage-

struktur. Eine solche Wirtschaft wird Exportanteile auf dem Weltmarkt verlieren, es sei denn, dass analoge Erstarrungsprozesse in den übrigen Ländern vor sich gehen. Das Beispiel Japan zeigt allerdings, dass eine geringe Mobilität der Arbeitskräfte zwischen den Unternehmungen auch Produktivitätsvorteile haben kann, vor allem wenn die Mobilität *innerhalb* der Unternehmungen gross ist, was indessen grosse Unternehmungen voraussetzt.

Ein Land wie die Schweiz, das über wenig eigene Energie- und Rohstoffreserven verfügt, ist auf Importe angewiesen, die auf die Dauer nur durch entsprechende Exporte finanziert werden können. Beschäftigungsniveau und Realeinkommen eines solchen Landes sind damit stets in einem relativ hohen Ausmass von der Konkurrenzfähigkeit seiner Exportindustrie abhängig. Insofern ist das Effizienzziel und das Vollbeschäftigungsziel interdependent. Diese Auslandsabhängigkeit liefert naturgemäss dem ökonomischen Besitzbürgertum eine Trumpfkarte gegen sozialen Fortschritt und Humanisierung der Arbeitswelt. In einer kapitalistischen Wirtschaft, in welcher eine bürgerliche Bevölkerungsklasse die unternehmerischen Entscheidungen fällt und eine Klasse von Lohnempfängern von solchen Entscheidungen ausgeschlossen ist, besteht immer die Gefahr, dass das Konkurrenzfähigkeitsargument — wider besseren Wissens — zur Verhinderung möglicher sozialer Fortschritte missbraucht wird. *Die Abhängigkeit des inländischen Wohlstandes von der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten ist jedoch keine feste, ein für allemal feststehende Grösse.* Sie könnte für die Schweiz durch Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, Diversifikation der Import- und Exportgebiete so-

wie Substitution importierter Luxusgüter durch inländische Produkte gesenkt werden.

Die Flexibilität der Beschäftigungsstruktur in der Selbstverwaltung kann durch Einsatz geeigneter Steuerungsinstrumente erhöht werden so beispielsweise:

- durch Variation der Vorschriften über die Reinvestition von Unternehmensgewinnen;

- durch steuerliche Begünstigung von Unternehmensgewinnen, die in neue Arbeitsplätze investiert werden;

- durch Gewährung besonders günstiger Kredite bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere auch bei der Neugründung von Unternehmungen;

- durch eine wirksame Wettbewerbspolitik mit Kartellverbot und der Möglichkeit zur Aufsplitterung marktmächtiger Unternehmungen.

Die Flexibilität und damit auch Effizienz der Produktionsstruktur ist in hohem Masse von der Ausgestaltung des Lohnbildungsmechanismus und der Art der Gewinnverwendung bzw. Verlustfinanzierung abhängig. Die folgende institutionelle Regelung dürfte in einer selbstverwalteten Wirtschaft vorteilhaft sein:

- In einem überbetrieblichen Verhandlungsprozess zwischen Staat, Gewerkschaften, Konsumentenverbänden und anderen Interessenorganisationen werden tarifliche Mindestlöhne ausgehandelt, die in keiner Unternehmung unterschritten werden dürfen. Der Reingewinn der Unternehmungen berechnet sich auf der Basis dieser Mindestlöhne.

- Der unternehmerische Reingewinn unterliegt einer Gewinnsteuer. Die Gewinnsteuer kann nach gesamtwirtschaftlichen Zielgesichtspunkten differenziert werden. Der restliche Reingewinn kann dann durch die Unternehmung nach freiem

Ermessen als Gewinnbeteiligung an die Mitarbeiter ausgeschüttet oder investiert werden. Investitionen sind im eigenen Betrieb oder in den Kauf von Wertpapieren (Reserven) möglich. Falls es die Beschäftigungslage erfordert, kann der Staat Vorschriften über die Mindestquote der Realinvestition in neue Arbeitsplätze erlassen. Bei der Gewinnausschüttung an die Mitarbeiter wendet die Unternehmung nach freiem Ermessen Leistungskriterien, soziale Kriterien oder andere Prinzipien an.

● Unternehmensverluste müssen grundsätzlich durch die Unternehmungen selbst getragen werden. Da die Mindestlöhne nicht unterschritten werden dürfen, müssen für die Verlustfinanzierung die Reserven oder Kredite herangezogen werden. Sind solche nicht zugänglich bzw. aufgebraucht, leistet der Staat eine Finanzierungshilfe, sofern die Unternehmung in ein Sanierungsverfahren einwilligt. Besteht keine Hoffnung, dass die Unternehmung aus der Verlustzone herausgebracht werden kann, wird ein Liquidierungsverfahren eingeleitet und werden im Rahmen eines Sozialplanes neue Arbeitsplätze für die betroffenen Arbeitskräfte gesucht.

Der Bestimmung der Mindestlöhne kommt in diesem Modell offensichtlich strategische Bedeutung zu. Werden die tariflichen Mindestlöhne hoch angesetzt, nimmt die Einkommensdifferenzierung ab, schwindet der Spielraum unternehmensindividueller Gewinnverteilung und gerät eine relativ grosse Zahl von Unternehmungen in die Verlustzone. Werden die Mindestlöhne tief angesetzt, nimmt die Einkommensdifferenzierung zu und erhöht sich die durch Einkommensunterschiede motivierte Mobilität der Arbeitskräfte.

Ökologisches Gleichgewicht

Boden, Energie, Rohstoffe und Arbeit sind die primären Produktionsfaktoren, die in den Produktionsprozess eingehen. Die Kapitalintensität der Produktion, d.h. das Ausmass der «Produktionsumwege», die im Produktionsprozess eingeschlagen werden, ist eine Funktion des technischen Fortschritts und, in einer Marktwirtschaft, des relativen Preises der Kapitalnutzung (Zins) zu den Preisen der primären Produktionsfaktoren. Dabei lässt sich in jeder industrialisierten Wirtschaft ein Trend zu wachsender Kapitalintensität und damit einer wachsenden Produktivität der Primärfaktoren beobachten. Das Ziel der Erhöhung der Kapitalintensität besteht in einer Erhöhung der Qualität und Menge des Outputs für einen gegebenen Input von Primärfaktoren oder eine Einsparung an Primärfaktoren für eine gegebene Outputmenge. Ist die Outputmenge durch äussere Wachstumsschranken begrenzt, so wird versucht, Primärfaktoren durch Rationalisierungsinvestitionen einzusparen, wobei in einer kapitalistischen Marktwirtschaft kein Anlass besteht, boden-, energie- und rohstoffsparende Rationalisierungsinvestitionen gegenüber arbeitsparenden Rationalisierungsinvestitionen den Vorzug zu geben. Da es den Gewerkschaften im Verteilungskampf in der Regel gelingt, die Anpassung der Reallöhne an den Produktivitätsfortschritt durchzusetzen, ist im Gegenteil die Veranlassung zu *arbeitsparenden* Rationalisierungsinvestitionen besonders gross, d.h. es wird in der Regel Arbeit durch vermehrten Einsatz an übrigen Primärfaktoren ersetzt. In den letzten Jahren ist das Bewusstsein gewachsen, dass neben den genannten primären Produktionsfaktoren die vermeintlich

freien Güter der Natur (z.B. die Luft, das Grundwasser etc.) aber auch immaterielle Umweltwerte (z.B. ästhetische Qualitäten) erschöpfbare Ressourcen sind, die durch die industriellen Produktions- und Konsumationsweise übernutzt werden. Solange die Kosten der Nutzung dieser Güter nicht internalisiert sind, besteht für die Unternehmungen kein Anlass mit diesen Gütern sparsam umzugehen. *Der Übergang zu einer arbeitsintensiveren und gleichwohl umweltschonender Produktionsweise wird nur zu erreichen sein, wenn die Nutzung der Umwelt einen entsprechend hohen Preis hat.* Das gilt sowohl für eine kapitalistische Marktwirtschaft wie für eine selbstverwaltete Wirtschaft. Die Internalisierung der Umweltkosten kann durch Steuern oder den Verkauf von Umweltzertifikaten durch den Staat erfolgen. Entscheidend ist, ob die geeigneten Massnahmen, die im Prinzip bekannt sind, politisch durchgesetzt werden können. Da in einer Selbstverwaltungswirtschaft Entlassungen infolge der Internalisierung der Entlassungskosten in einer generellen Wachstumskrise praktisch nicht möglich sind, so kann eine Unternehmung auf fallende Profite nur mit Rationalisierungsinvestitionen zur Einsparung von Boden, Energie und Rohstoffen antworten. Fallen die Profite weiter, so lassen sich Einsparungen nur noch über eine Herabsetzung der Arbeitszeiten erreichen. Ein stetiges Produktionsvolumen bei einer durchschnittlichen Profitrate von Null und, im Zuge des Produktionsfortschrittes, sinkender Arbeitszeit ist in einer Selbstverwaltungswirtschaft im Gegensatz zu einer kapitalistischen Wirtschaft ohne weiteres denkbar.

Gesetzliche Vorschriften, Kontrollen und eine nach ökologischen Kriterien geplante Inve-

stitutionslenkung können das ökologische Gleichgewicht allein noch nicht gewährleisten. In einer im wesentlichen auf der Autonomie der Konsumenten und Produzenten beruhenden Marktwirtschaft werden sich die notwendigen Substitutionsprozesse nur durchsetzen, wenn die relativen Preise für Boden, Energie, bestimmte Rohstoffe und den Faktor «Umwelt» sehr empfindlich ansteigen. Diese erwünschte Wirksamkeit des Preismechanismus kann aus zwei Gründen nicht den selbsttätigen «Marktkräften» überlassen werden:

1) Die Endlichkeit der Ressourcenvorräte wird im Marktpreis nicht antizipiert, wenn die Produzenten unter Konkurrenzdruck stehen oder wenn es sich, wie bei der Atemluft, aus technischen Gründen um ein «freies Gut» handelt. Ist der Eigentümer der Vorräte ein Monopolist bzw. ein Kartell wie im Falle der OPEC, so findet eine gewisse Antizipation zukünftiger Knappheiten im Preis statt, sie hängt aber vom Zeithorizont des Produzenten ab, der selten länger als 10 bis 20 Jahre in die Zukunft reichen dürfte. Das führt dazu, dass Naturschätze, die in Jahrmillionen gebildet wurden, innert weniger Generationen zu Spottpreisen verschleudert werden, und die Preise erst kurz vor der Erschöpfung der Vorräte — dann allerdings rasant — ansteigen. *Das sprunghafte Ansteigen der Preise in dieser letzten Phase der Ausplünderung erzeugt gewaltige Erschütterungen im ökonomischen und sozialen System und birgt die Gefahr verschärfter internationaler Verteilungskämpfe in sich.*

2) Das an sich erwünschte Ansteigen der Preise knapper Ressourcen führt weiterhin zu enormen Knappheitsrenten bei den Eigentümern dieser Ressourcen.

Daraus folgt, dass der gewünschte Preismechanismus durch Interventionen einer Planungsbehörde an den entsprechenden Märkten oder durch Besteuerung, Zölle und Verkauf von Nutzungsrechten gelenkt und verstetigt werden muss. So könnte der Staat beispielsweise offiziell ankündigen, dass der Benzinpreis in den nächsten 5 Jahren um jährlich 7% angehoben wird und diese Preisregulierung durch entsprechende Zölle und Steuern durchsetzen. Auf diese Weise wird den Unternehmungen Gelegenheit gegeben, die notwendigen Umstrukturierungen aufgrund relativ sicherer Planungsgrundlagen vorzunehmen. Auf solche Weise wird gleichzeitig (im Prinzip) verhindert, dass Knappheitsrenten bei den Eigentümern der Ressourcen anfallen, denn die Knappheitsrenten fallen nunmehr beim Staat an und können zur Förderung alternativer Technologien verwendet werden. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die ökologischen Probleme durch den Übergang zur Selbstverwaltung praktisch automatisch oder auch nur wesentlich leichter gelöst würden. Möglicherweise sind die politischen Voraussetzungen zur Durchsetzung der notwendigen Massnahmen besser, aber die Selbstverwaltungs-Wirtschaft verfügt keineswegs über einen strukturellen Automatismus, der die Lösung dieser Probleme garantiert.

Die selbstverwaltete Wirtschaft dürfte aus folgenden Gründen bessere Voraussetzungen als die kapitalistische Marktwirtschaft zur Lösung der ökologischen Krise aufweisen:

● Höherer Anreiz zum Sparen von Rohstoffen, Energie und Boden.

● Teilweise Internalisierung der Kosten von Umweltschäden in die unternehmerische Zielfunktion.

● Internalisierung der Ziels «Verkürzung der Arbeitszeit» in die unternehmerische Zielfunktion.

Geldwertstabilität

Die keynesianisch-technokratische Vision eines durch Globalsteuerung der Gesamtnachfrage krisenfreien modernen Kapitalismus hat sich als Illusion erwiesen. Nachdem anfänglich die Hoffnung verbreitet war, die Gesamtnachfrage liesse sich über fiskal- und geldpolitische Instrumente gerade so steuern, dass Vollbeschäftigung ohne nennenswerte Inflation erreicht werden könne, setzte sich später die Ansicht durch, zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation bestehe ein stabiler, abschätzbarer Trade-Off (Phillipskurve), so dass zwischen beiden Übeln ein gerade noch annehmbarer Kompromiss angesteuert werden könne. Auch diese Hoffnung ist im letzten Jahrzehnt gründlich verflogen, hat es sich doch mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass ein Mehr an Inflation die Arbeitslosigkeit höchstens kurzfristig senkt, auf die Dauer aber eine inflationäre Politik auch die Arbeitslosigkeit erhöht (Stagflation).

Für die auf Milton Friedman zurückgehende Schule der sogenannten Monetaristen ist Inflation im Grunde ein rein monetäres Phänomen. In Anlehnung an die uralte Quantitätstheorie wird angenommen, dass das Preisniveau durch die im Kreislauf befindliche Geldmenge kausal bestimmt wird.⁴⁾ Eine Erhöhung der Geldmenge führt

4) Die genaue Definition der Geldmenge ist nicht ganz unproblematisch. Die gebräuchlichste Definition (Geldmenge M1) rechnet zur Geldmenge die im Umlauf befindlichen Münzen und Noten, die Giroguthaben der Banken bei der Zentralbank und die Sichtguthaben des Publikums bei den Geschäftsbanken. In anderen Konzepten (z.B. M2) wird ein Teil der Termineinlagen zur Geldmenge gerechnet.

demnach zu einer ungefähr proportionalen Erhöhung des Preisniveaus, was impliziert, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als relativ konstant betrachtet wird. Sodann nehmen die Monetaristen an, dass die Zentralbank die zirkulierende Geldmenge ziemlich genau steuern kann. Diese Annahme paart sich mit einem dogmatischen Glauben an die Effizienz, Optimalität und Stabilität des privatwirtschaftlich-kapitalistischen Sektors, welcher, obschon von Kartellen und Monopolen durchsetzt, im Grossen und Ganzen so funktioniere, «als ob» vollkommene Konkurrenz mit flexiblen Preisen herrschen würde. Die Monetaristen empfehlen deshalb, anstelle der keynesianischen Orientierung an Zinssätzen und am Staatsbudget eine wirtschaftspolitische Orientierung an der Geldmenge und einen Abbau der wirtschaftlichen Präsenz des Staatssektors bei möglichst ausgeglichenem Staatsbudget. Die Geldmenge soll, ungeachtet der Konjunkturlage, im Umfang eines im Mittel zu erwartenden Produktivitätsfortschritts (z.B. 3% pro Jahr) erhöht werden. Auf diese Art sei es möglich, die Inflationserwartungen der Öffentlichkeit zu brechen, worauf sich der stabile Privatsektor auf ein Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung und stabilem Preisniveau einpendelt.

Die theoretische *Kritik am Monetarismus* kann hier nur angedeutet werden. Es sei aber insistent darauf hingewiesen, dass sich überall dort, wo die monetaristischen Rezepte zur Anwendung kamen (in Chile, Argentinien, England) ungefähr folgendes abgespielt hat:

● Die Geldmenge konnte in einer ersten Phase überhaupt nicht gesteuert werden, da die Verbindung zwischen den Zentralbankinstrumenten (monetäre Basis, Diskontsatz, Reserve-

sätze) und der im Publikum vorhandenen Kreditgeldmenge ausserordentlich lose ist. Die Kartelle und Grosskonzerne setzten weiterhin steigende Preise durch, an welche sich die im Bankensektor geschaffene Geldmenge passiv anpasste.

● Die restriktive Beschränkung der monetären Basis führte aber zu exorbitanten Zinssatzerhöhungen, die teilweise auf die Preise überwältigt wurden, so dass sich die Inflation, vor allem im Landwirtschafts- und Wohnungssektor, beschleunigte.

● Bei steigenden Preisen und steigenden Zinssätzen stösst schliesslich die Wirtschaft an die durch die restriktive Geldpolitik gesetzten Grenzen, was zu einem Zusammenbruch von Produktion und Beschäftigung führt. Die Arbeitslosigkeit nimmt ungekannte Ausmasse an, derweil die Monetaristen von «Durststrecken» und «Gesundschumpungsprozessen» reden.

● Schliesslich zwingt der erwachende Widerstand der betroffenen Gesellschaftsklassen die Regierung zu einem Abrücken vom monetarischen Kurs.

● Die Monetaristen schreiben das Scheitern ihrer Politik der Labilität der Regierung, der Ungeduld der Wählerschaft und der Obstruktion der Bürokraten zu.

Die monetaristische Position enthält insofern ein Korn Wahrheit, als eine wirksame Kontrolle der zirkulierenden Geldmenge in der Tat eine notwendige Voraussetzung für die Geldwertstabilität darstellt. Eine solche Stabilität ist aber über klassische Geldpolitik allein nicht erreichbar, sie setzt vielmehr eine wirksame Kontrolle der Geldschöpfungstätigkeit des Bankensektors voraus. Die wäre zweifellos am gründlichsten durch die Verstaatlichung der Banken zu erreichen. Ein

autonomer Inflationmotor ist aber auch im Kampf der Kartelle und Monopole (einschliesslich der Gewerkschaften) um die Erhöhung ihres Anteils am Volkseinkommen zu suchen. Die restriktive Geldpolitik muss zur Krise führen, wenn sie nicht durch strukturelle Veränderungen im Bereich der Produktion und der Einkommensverteilung begleitet wird. Eine wirksame Wettbewerbspolitik und eine Beseitigung des inflationären Gruppenkampfes um Einkommensanteile setzt indes eine Beseitigung der fundamentalen Klassegegensätze voraus oder aber die Abschaffung demokratischer Freiheitsrechte in einem autoritären repressiven System.

SP- Bildungstelefon

du bisch unzfride
wil is geng vo de stedt ha
u nüüt vom platz säge
derzwüsche
vom land
vo fruchtbare ächer
weide wälder bärge u see
so gang doch use
us dyr stadt
aber verlouf di de nid
shet luter glyychi husegge
u straase u chrüzige
u geng
we d meinsch
etz sygsch duss
chöme wieder
die glyyche husegge
u straasse
u chrüzige
dyni stadt isch hüt überall
hie bim liecht signal
zum byspil
hets früecher
nidere salbei
u chäslichrut
u breitwägerech ghaa
wed schaaf wosch zueche tue
muesch se halt
mit altpapier nähre

SP Aargau 064 / 22 41 02